

Arbeiten 4.0 – Initiativen in Deutschland

Dr. Samuel Greef

In Deutschland lassen sich vielfältige politische Initiativen finden, die sich mit der Gestaltung des digitalen Zeitalters beschäftigen. Lange standen dabei vielfach technische Aspekte im Vordergrund, die sich unter dem Buzzword „Industrie 4.0“ in umfassenden Aktivitäten (wie der Etablierung von Plattformen und Bündnissen) niederschlugen. In den vergangenen drei Jahren hat insbesondere das „Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ (BMAS) Bestrebungen unternommen, um neben technischen Initiativen auch Antworten auf die sich durch die Digitalisierung ergebenden sozialen und arbeitsbezogenen Fragen zu entwickeln. Unter dem Oberbegriff „Arbeiten 4.0“ wurden 2015 mit dem „Grünbuch Arbeiten 4.0“ ein doppelter Dialogprozess in Gang gesetzt. Dieser sollte unter Einbeziehung aller relevanter Akteure aus Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Unternehmen politische Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen aufzeigen, um Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Herausforderungen sowie Risiken angemessen zu begegnen. Die ersten Ergebnisse dieses Dialoges liegen seit Anfang 2017 mit der Entwurfsfassung des „Weißbuch Arbeiten 4.0“ vor.

Mit dem Ziel eines „Neuen Leitbildes von Arbeit“ sollen den technischen Innovationen angemessene soziale Innovationen zur Seite gestellt werden. Auch wenn dabei die Industrie 4.0-Debatten einen wichtigen Ausgangspunkt darstellten, bildet die gesamte Arbeitswelt den Bezugspunkt für Arbeiten 4.0. Arbeit stellt die zentrale Schnittstelle für die durch die Digitalisierung hervorgerufenen Veränderungen dar. Dafür ausschlaggebend ist die Festlegung der politischen Perspektive auf die Gestaltung einer zukünftigen digitalen Arbeitsgesellschaft und nicht auf eine „Gesellschaft ohne Arbeit“. Unter dieser Voraussetzung geht es um die Frage, *wie* in Zukunft gearbeitet wird beziehungsweise werden sollte

und nicht um die Frage, *ob* in Zukunft gearbeitet wird.

Den Ausgangspunkt stellen unterschiedlichen Herausforderungen dar, die sich durch die zunehmende Digitalisierung ergeben. Zentrale Bezugspunkte sind dabei die Entwicklung der Beschäftigung (Automatisierung, Rationalisierung durch Robotik und Algorithmen), neue Arbeitsformen (Crowdworking, Solo-Selbstständige) und Flexibilitätsanforderungen (Arbeitszeiten und Arbeitsorte). Daher finden sich auch entsprechende Schwerpunkte bei den politischen und gesetzgeberischen Initiativen und Ideen, die auf eben diese Herausforderungen angemessene Antworten geben sollen. Drei dieser Schwerpunkte sollen im Folgenden im Fokus stehen.

Risiko: Massiver Beschäftigungsabbau – Antwort: Qualifizierung

Angenommen wird, dass sich Digitalisierungseffekte auf dem Arbeitsmarkt nicht nur in einem Abbau von Arbeitsplätzen durch Automatisierung und Rationalisierung äußern, sondern gleichzeitig neue Jobs mit neuen Qualifikationsanforderungen entstehen. Ein wichtiger Ansatzpunkt besteht daher im Ausbau von individuellen und bedarfsgerechten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten. Unter anderem wird dafür über einen „Rechtsanspruch auf Weiterbildung“, das „Arbeitslosengeld Q“ und eine „Erwerbstätigenkonto“ diskutiert. Im übergreifenden Sinn steht dahinter die Idee eines Übergangs von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung.

Risiko: Entgrenzung von Arbeit – Antwort: Fairer Flexibilitätskompromiss

Den betrieblichen Flexibilitätsanforderungen (etwa durch just-in-time-Produktion) stehen individuelle Bedürfnisse und Wünsche nach flexiblen Arbeitszeiten und -orten Seitens der Beschäftigten gegenüber. Politisches Ziel ist eine lebensphasenorientierte Arbeits- und Sozialpolitik, die einen fairen Kompromiss zwischen diesen doppelten Flexibilitätsanforderungen ermöglicht. Dafür ist eine „Wahlarbeitszeitgesetz“ geplant, das flexibles Arbei-

Bits & Pieces

ten durch Öffnungsklauseln im Arbeitszeitgesetz ermöglicht. So sollen, auf Basis von tarifvertraglichen Vereinbarungen, neue Arbeitszeitmodelle entwickelt und erprobt werden. Der experimentelle Rahmen erstreckt sich dabei auf zwei Jahre und eine Einbindung der Sozialpartner ist notwendig. Bereits länger in der Diskussion ist ein „Recht auf Nicht-Erreichbarkeit“, zur klareren Grenzziehung zwischen Arbeit und Freizeit in orts- und zeitunabhängigen Arbeitsprozessen.

Risiko: Neue Arbeitsformen ohne soziale Absicherung – Antwort: Einbindung und neue Schutzkonzepte

Mit Click- und Crowdfunding sowie der Zunahme von Freelancern und anderen Formen der Solo-Selbstständigkeit vergrößert sich die Gruppe derjenigen Erwerbstätigen, die zunächst nicht unter das klassische System der sozialen Sicherung (Sozialversicherungen) fallen. Die politischen Initiativen zum Umgang mit diesen (Risiko)Gruppen beziehen sich auf vier Ebenen. Erstens steht eine rechtliche Klärung aus, inwieweit es sich bei einzelnen Tätigkeiten im Bereich der Solo-Selbstständigkeit tatsächlich um eine Selbstständigkeit und nicht um eine abhängige Beschäftigung (Scheinselbstständigkeit) handelt. Zweitens wird bereits seit längerer Zeit diskutiert, die gesetzliche Rentenversicherungspflicht auf Selbstständige auszuweiten. Drittens sollten darüberhinausgehende Absicherungen auf die neuen Arbeitsformen zugeschnitten werden, wenn sich diese längerfristig tatsächlich als relevante Größe auf dem Arbeitsmarkt entpuppen. Viertens wird die kollektive Interessenvertretung und der Abschluss von Tarifverträgen als Perspektive für arbeitnehmerähnliche Erwerbspersonen aufgeworfen.

Kennzeichnend nicht nur für die Debatten um die nachhaltige Gestaltung der digitalen Arbeitswelt, sondern auch für die Initiativen und die konkreten Umsetzungsvorhaben ist die breite Berücksichtigung beziehungsweise Einbeziehung relevanter Akteure. Die politischen Initiativen in Bezug auf Arbeiten 4.0 und Industrie 4.0 nutzen insbesondere

kooperative Plattformen und „korporatistische“ Arrangements. Mit der Digitalisierung einhergehende Risiken sollen reduziert, gleichzeitig ihre Chancen genutzt und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen etabliert werden. Dafür setzen die politischen Initiativen auf eine Stärkung der sozialpartnerschaftlichen und betrieblichen Aushandlungsprozesse. Insofern kann mit Blick auf die „neue Arbeitsmarktpolitik für Arbeiten 4.0 in Deutschland“ durchaus von einer Revitalisierung des Rheinischen Kapitalismus gesprochen werden.

Quellen

BMAS (Hrsg.) (2015): Grünbuch Arbeiten 4.0, <https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/gruenbuch-arbeiten-vier-null.pdf> (abgerufen am 10.04.2017).

BMAS (Hrsg.) (2017): Weissbuch Arbeiten 4.0, <https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a883-weissbuch.pdf> (abgerufen am 10.04.2017).